

II-5512 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2789 /J

1992-04-09

A n f r a g e

der Abgeordneten Mag. Praxmarer, Mag. Schweitzer, Motter
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Ferienordnung und 5-Tage-Woche

Der Schulgemeinschaftsausschuß des BG und BRG Leoben, Moserhofstraße 7 a, hat in seiner Sitzung am 30. Jänner 1992 unter anderem eine Neuregelung der Ferienordnung und eine Einführung der 5-Tage-Woche besprochen und ist zu folgendem Ergebnis gelangt:

- 1) Eine Änderung der bisherigen Ferienordnung wird mit folgenden Argumenten einstimmig abgelehnt:
 - a) Wesentlichster Gesichtspunkt hat in dieser Frage maximaler Erholungswert für die Schüler zu sein. Dieser ist bei ungekürzten Hauptferien am besten gewährleistet. Im Falle einer Feriarbeit (bei gewissen Schularten verpflichtend) bleibt damit noch möglichst viel Ferienzeit.
 - b) Pädagogische Aspekte sind wichtiger als die Forderungen der Wirtschaft. Pädagogische Erfahrungen - und hier sollte wohl die Lehrerschaft befragt werden - zeigen, daß zusammenhängende Unterrichtszeit am ertragreichsten für die schulische Arbeit ist. Nach Ferien ist auch für den Schüler eine Wiedergewöhnung an den Arbeitsrhythmus notwendig. Dies widerspricht der Absicht, neue Ferien (insbesondere Herbstferien) einzuführen.
 - c) Die Vorstellungen der Wirtschaft (Ausweitung der Tourismussaison, bessere Auslastung der heimischen Fremdenverkehrsbetriebe) gehen ohnehin an den tatsächlich zu erwartenden Auswirkungen vorbei. Die Einführung weiterer Ferien auf Kosten der Hauptferien führte auch zu zusätzlicher Belastung der Umwelt und des Verkehrsnetzes. Eine

fpc108/204/anfragen/ukferien.pra

Ferienwoche in klimatisch ungünstiger Zeit käme höchstens dem Auslandtourismus, nicht aber den heimischen Fremdenverkehrsgebieten zugute. Diese bleiben nach wie vor in der Zeit von Juni bis Anfang September bzw. im Winter attraktiv.

- d) Das Aufnahmeansuchen an die EG muß nicht eine unüberlegte Anpassung an westeuropäische Systeme mit deren Schwächen nach sich ziehen.
 - e) Der Schulgemeinschaftsausschuß weist die Negierung der ersten Lehrerumfrage (FA Steiermark) scharf zurück und findet es empörend, daß Information durch Medien und öffentliche Stellungnahmen des Ministers erfolgen, bevor die bestehenden Fragen mit Eltern-, Schüler- und Lehrerververtretungen ausdiskutiert wurden.
 - f) Durch Schulbesuch allein läßt sich keine pädagogische Kompetenz ableiten.
 - g) Die Vorgangsweise, den Schulgemeinschaftsausschuß zu "Kreuzelschreibern" zu degradieren, die ihre Argumente möglichst für sich behalten sollten, ist unglaublich.
- 2) Der Schulgemeinschaftsausschuß lehnt die Einführung der 5-Tage-Woche als pädagogischen Nonsens ab!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e :

1. Welche Stellung nehmen Sie zu der in Punkt 1 und 2 geänderten Kritikpunkte ein?
2. Welche Konsequenzen werden Sie aus den geänderten Kritikpunkten für die Zukunft ziehen?

Wien, den 9. April 1992

fpc108/204/anfragen/ukferien.pra